

COVID-19 – Bundesnotbremse

Ist die Verfassung in guter Verfassung?

Derzeit findet in der Öffentlichkeit, medial und politisch gestützt, ein Meinungsgewitter statt, das geeignet ist, die Spaltung in der Gesellschaft weiter voranzutreiben. Die Aufgabe der Politik ist hierbei, unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, kollidierende Interessen der Freiheit und der Gesetzgebung in Einklang zu bringen.

▣ In der Krise zeigt sich der Wert der Gesetze

Wir sind es gewohnt, dass wir alle Krisen und Gefahren für unsere Gesellschaft mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen. Der Rechtsstaat kennt keine Krise, in der zur Bekämpfung des Ausnahmezustandes das Grundgesetz ausgehebelt wird.

▣ Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit

Für die Polizei gilt in allen Maßnahmen die Ausrichtung an Recht und Gesetz, wobei wir den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei allen Maßnahmen stets beachten. Für Verfahren der Gesetzgebung und für Verordnungen gilt das Gleiche.

Die bisherigen einschränken- den Verordnungen, denen wir alle seit mehr als einem Jahr unterliegen, waren maßgeblich von Hoffnung und Meinung geprägt. Selten genug hatte man den Eindruck, dass die Entscheider genau wissen, was sie tun. Diverse undifferenzierte Lockdowns haben in der Summe nicht zum Erfolg geführt und Vertrauen in die Politik und staatliches Handeln beschädigt. Es fehlt der rote Faden. Nun versucht man es mit Ausgangssperren aufgrund nackter Inzidenzzahlen. Die Kritik, auch der FDP bei ihrer Verfassungsbeschwerde, geht in die gleiche Richtung. Es bestehen – nicht nur dort – massive Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit.

Am Beispiel der Inzidenzzahl sind keine Aussagen bezüglich Cluster- oder diffusen Ausbrüchen der Krankheit möglich. Die damit verbundenen Maßnahmen werden abstrakt über Regionen gegossen. Das vorliegende Gesetz nimmt der Verwaltung die Möglichkeit, im Einzelfall zu entscheiden. Das Gesetz ist selbstausführend, wodurch es faktisch nicht mehr möglich ist, jeden Einzelfall würdigen zu können.

Man verbietet den Abendspaziergang Einzelner, um zu verhindern, dass gemeinsam Partys gefeiert werden. Aus-



> Engelbert Mesarec

© Engelbert Mesarec

gangsbeschränkung und das Verbot von Aufenthalten im Freien führen zwangsläufig zu einer Verdrängung in Innenräume. Die Beschränkungen sollen jedoch genau diese Verstöße gegen Kontaktbeschränkungen im Innern verhindern.

Verwaltungsgerichte haben in der Vergangenheit immer wieder entschieden, dass nicht die Freiheitsrechte von Millionen Menschen eingeschränkt werden können, um einzelne Verstöße zu verhindern.

In jedem Fall sind die Maßnahmen seitens der Ordnungsämter umzusetzen. Die offensichtliche Weigerung der Verantwortlichen in Hessen,

mehr Personal nebst Ausrüstung für ihre Aufgaben einzusetzen, führt zwangsläufig dazu, dass die **Polizei** eben doch wieder die Kastanien aus dem Feuer holt.

Wir, die Polizei, sind nach demokratischen Grundsätzen ausgebildet. Die Umsetzung aller Maßnahmen nach dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist unser täglich Brot. Wir können dann mit Fug und Recht erwarten, dass auch dies im gesamten Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt wurde.

▣ Spaltung – das politische Programm

Das nächste Dilemma steht vor der Tür. Die Erleichterun- >

Impressum:

Redaktion:
Alexander Glunz (V. i. S. d. P.)
DPoIG-Landesgeschäftsstelle:
Otto-Hesse-Straße 19/T3
64293 Darmstadt
Tel. 06151.2794500
Fax 06151.2794502
E-Mail: glunz@dpolg-hessen.de
ISSN 0723-1830

Namentlich, als Kommentar oder anders gekennzeichnete Veröffentlichungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und der DPoIG Hessen wider.



gen für Genesene und Geimpfte sollen Ende Mai kommen (also nach Redaktionsschluss). Es zeichnet sich bereits die nächste halbherzige Entscheidung ab, die enormes Potenzial hat, die Gesellschaft weiterzuspalten. Politik muss verbinden und nicht spalten! Die Spirale, die Politik und Gesellschaft auseinanderbringt, dreht sich durch schlechte Entscheidungen und Skandale im Zusammenhang mit Beschaffungen in der Pandemie voran.

Dazu kommt der mittelbare Impfwang durch die Hintertür, da die Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben nur auf diesem Weg wieder in greifbare Nähe rückt. Dabei bestehen noch nicht genug Impfangebote für die gesamte Bevölkerung.

Vollumfassende Impfangebote für die Polizei, aber auch für die gesamte Blaulichtfraktion, wurden seitens polizeikritischer Kreise (in der Regierung) abgelehnt. Hier erwarten wir

deutlich mehr Durchsetzungsvermögen im Sinne der Beschäftigten.

Ich möchte hier noch eine Lanze brechen für die viel gescholtene Jugend. Seit über einem Jahr wird ihnen hier Verzicht abgerungen mit Rücksicht auf die ältere Bevölkerung. Jetzt kommen die Erleichterungen für die älteren Geimpften und die Jugend darf weiter verzichten.

Wen wundert da der Ansehensverlust der Politik?

Was bleibt?

Die Liebe zu Kuba.

Fidel Castros Slogan: „Trabajo si! Salsa no!“, verbunden mit der kubanischen Mischung der Berater auf Entscheidungsebene.

Entscheidungen vom grünen Tisch, ohne Berücksichtigung der psychischen Spannungsfelder (häusliche Gewalt, Depressionen, Suizidgefahr, et cetera).

Euer Engelbert Mesarec

Personalratswahlen 2021

Danke!

Die Personalratswahl 2021 hat vom 3. bis 7. Mai 2021 stattgefunden. Die Ergebnisse liegen nun vor.



© DPoIG Hessen

» Danke

Die DPoIG bedankt sich bei allen Kolleg(inn)en die uns bei der Personalratswahl 2021 ihre Stimme gegeben haben.

» Ihr dürft nicht meckern

Allen anderen können wir nur sagen: „Ihr dürft nicht meckern, ihr hattet die Wahl!“ Für die DPoIG sind die

Wahlergebnisse in fast allen Bereichen gut bis sehr gut. Im HPT zum Beispiel hat die DPoIG mehr Stimmen erringen können als sie Mitglieder hat. Auch in Südhessen ist der Anteil der DPoIG-Wähler stark gestiegen, was einen weiteren Sitz für die DPoIG im örtlichen Personalrat bedeutet.

hat die Gewerkschaft der Polizei in Mittelhessen im Beamtenbereich zehn Prozent sowie einen Sitz im örtlichen Personalrat und eine Freistellung verloren. Über den Zuwachs von zehn Prozent freuen sich hier DPoIG und BDK jeweils zu gleichen Teilen, wobei der Sitz und die Freistellung dem BDK zufallen. In Frankfurt am Main ist die GdP nicht mehr in der Mehrheit im örtlichen Personalrat.

» Mehr Stimmen, mehr Sitze, mehr DPoIG

Bei der Bereitschaftspolizei ist die DPoIG aus dem Stand zu einem super Ergebnis gekommen. Aber auch in anderen Bereichen hat die DPoIG sich weiter durchgesetzt.

» Wahlbeteiligung nicht immer auf Höchststand

Auch wenn die Wahlbeteiligung unterschiedlich in den einzelnen Präsidien war und es an der ein oder anderen Stelle auch noch ein paar Stimmen mehr für die DPoIG hätten sein können, so ist das Ergebnis im Großen und Ganzen doch sehr gut. Dafür nochmals vielen Dank an unsere Wählerinnen und Wähler.

» Wo es Gewinner gibt, gibt es auch Verlierer

Wo es Gewinner gibt, gibt es auch Verlierer. In vielen Fällen haben sich die positiven Ergebnisse der DPoIG zulasten der GdP ausgewirkt. So



» Gute Ergebnisse kommen nicht von allein. S. Sandkühler vom KV Mittelhessen verteilt DPoIG-Popcorn an Kollegen.

> Täter der NSU-2.0-Drohbriefe in Berlin festgenommen



Wo bleiben die Entschuldigungen?

Oje, oje, NSU 2.0 nun doch kein Polizist!

Für viel Wirbel haben die Drohschreiben des NSU 2.0 gesorgt. Manch einer wollte sogar „rechte Netzwerke“ bei der Polizei nicht mehr ausschließen. Nun hat das Hessische Landeskriminalamt den vermeintlichen Drohbriefschreiber festgenommen. Wir gratulieren zu diesem Ermittlungserfolg.

■ Jetzt ist einiges in Unordnung

Jetzt ist aber einiges in Unordnung. Augenscheinlich, ist der Drohbriefschreiber NSU 2.0 doch kein Polizist.

Es wird noch schwieriger. Es scheint noch nicht mal Anzeichen für ein entsprechendes Netzwerk in der Polizei in Hessen zu geben. Keine strukturellen Rassisten und Verfassungsfeinde aus den Reihen

der Polizei stecken hinter der Tat, sondern ein Einzeltäter ohne Verbindungen zur Polizei in Hessen. Was ist nun mit all den Verdächtigungen, den Unterstellungen und dem Generalverdacht, der gegen die Polizei Hessen ausgesprochen wurde?

■ Wo bleiben die Entschuldigungen?

Alles halb so wild, alles nicht so wichtig. Das Tausende Kol-

leg(inn)en sich durch die falschen Verdächtigungen, den unbewiesenen Vorwurf entwürdigt fühlten, wird von den Verursachern hingenommen. Wer jetzt genauso schnell und laut mit einer Entschuldigung dabei ist, wie er oder sie mit dem Ausrufen der Vorwürfe war, zeigt Haltung. Aber leider ist da keine(r) in Sicht. Nein, eher das Gegenteil ist der Fall.

„Wie kann ein Arbeitsloser aus Berlin an Daten von Polizeicomputern aus Hessen kommen?“, tönt es.

■ Behördenkommunikation in der Steinzeit.

Das liegt möglicherweise daran, dass wir in Deutschland digital in der Steinzeit arbeiten und den Föderalismus so

hochhalten, dass jeder Landesfürst ja seine Macht erhält.

Es kann im Jahre 2021 nicht sein, dass ein Polizist in Brandenburg keinen Zugriff auf Daten hat, die einem Polizeimitarbeiter in NRW zur Verfügung stehen. Wenn wir immer noch bei Melde- und Polizeibehörden anrufen und mit KBA-Kennwörtern Daten erfragen müssen, wird sich an der Möglichkeit von Missbrauch und Fehleranfälligkeit von außen nichts ändern. Projekte wie Polizei 2020/2030 wirken bis dato gar nichts. Es ist schon erstaunlich, dass wir es nicht schaffen, im Sinne der Sache die Grenzen des Föderalismus zu überwinden und national oder sogar europäisch ein Datenverbund zu schaffen. >



► **Polizei vorschnell unter Verdacht**

Aber das ist nur ein Teil des Puzzles. Ein weiteres ist, dass bis heute nicht feststeht, wie genau der Täter an die Daten gekommen ist. Während ganz schnell die Polizei im Verdacht war, sind andere Abfrageberechtigte kaum ins öffentliche Licht gerückt worden.

► **Abfragen sicherer machen, blinder Aktionismus**

Ausfluss des Ganzen ergab aber, dass die Führung der Polizei jetzt mit Kanonen auf Spatzen geschossen hat und die Abfragemöglichkeiten der Kolleg(inn)en im täglichen Dienst massiv behindert. Durch noch mehr Bürokratie, noch mehr Kontrolle und noch mehr

indirekte Generalverdächtigungen. Es ist klar, dass unberechtigte Abfragen nicht zulässig sind. Aber es sollte Ziel des täglichen Dienstes sein, dass so viel Personen, Fahrzeuge und Sachen überprüft und abgefragt werden, wie nur irgend möglich. Eine effektive Fahndung kann nur erfolgen, wenn vorhandene Daten auch abgefragt werden.

► **Folgen aus den falschen Verdächtigungen?**

Die Tatsache, dass die Polizei Hessen in keinsten Verbindung mit dem Täter NSU 2.0 steht, muss nun auch Konsequenzen haben, genau wie es welche gegeben hätte, wäre dies nicht der Fall gewesen.

Alexander Glunz

„Zitiert“

Meine Pünktlichkeit drückt aus, dass mir deine Zeit so wertvoll ist wie meine eigene.

Helga Schäferling



Herzlichen Glückwunsch



© DPoG Hessen

Der Landesvorstand der DPoG Hessen gratuliert allen Geburtstagskindern des Monats Juni.

Unsere erkrankten Kolleginnen und Kollegen wünschen wir eine baldige gute Genesung und keine bleibenden gesundheitlichen Schäden!

Die DPoG Hessen wünscht allen Dienst- und Gewerkschaftsjubilaren Glück, Gesundheit, viel Erfolg und alles Gute!

Aus datenschutzrechtlichen Gründen verzichten wir auf die persönliche Namensnennung.

► **Polizei aus aller Welt**



Streifenwagen der Polizei in Österreich. Typisch die Farbgebung rot-blaue Bauchbinde, ähnliche Farben finden sich auch bei der Uniform. Besonders der Suchscheinwerfer auf dem Blaulichtbalken ermöglicht auch bei Dunkelheit eine gute Umfeldbeleuchtung. Die Notrufnummer 133 ist auf der Fahrzeugseite abgedruckt.



© Von böhringer – Genehmigte Fotoaufnahmen am 27. Juli 2011 in Bregenz, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1605540>

„Witzig“

Vater zum Sohn: „Sohn, dein Lehrer macht sich Sorgen wegen deiner Noten.“

Sohn: „Ach Papi, was gehen uns die Sorgen anderer Leute an?“